

<https://test.rtde.tech/inland/183901-studie-energiearmut-deutlich-zugenommen-87-prozert-aermsten-haushalte-ueberlastet/> 16.10.2023

Studie: "Energiearmut" deutlich zugenommen, 87 Prozent der ärmsten Haushalte überlastet

Gemäß Bericht des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen (SVRV) sind inzwischen 43 Prozent aller Haushalte durch Energiekosten überlastet und von Armutsrisiko bedroht. In der untersten Einkommensgruppe sind sogar 87 Prozent aller Haushalte betroffen.

Der massive Anstieg der Energiepreise belastet die Haushalte in Deutschland deutlich. Um 52 Euro stiegen die monatlichen Abschlagszahlungen für Strom und Heizung seit März 2022 im Mittel, wie der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV) in seinem jährlichen "Policy Brief" [mitteilte](#). Gemäß dem Bericht sind inzwischen 43 Prozent aller Haushalte durch Energiekosten überlastet und von Armutsrisiko bedroht. Folgen hat das vor allem für ärmere Haushalte: Im untersten Fünftel (Quintil, 20 Prozent) nach Einkommen sind sogar 87 Prozent aller Haushalte betroffen. Die Sachverständigen sprachen sich für eine Verlängerung der Energiepreisbremsen aus.

Laut SVRV zeigen Daten für insgesamt 4.444 Haushalte, dass die monatlichen Abschlagszahlungen für Strom und Heizung seit März vergangenen Jahres im Median um 33 Prozent zulegten, was etwa 52 Euro entspricht. Median bedeutet, dass 50 Prozent der Haushalte darüber liegen und 50 Prozent darunter.

Bei mittleren Einkommen war der Anstieg mit 57 bis 60 Euro demnach besonders hoch. Die einkommensschwächsten Haushalte verzeichneten mit 45 Euro allerdings einen ähnlich hohen Kostenanstieg wie die wohlhabendsten Haushalte mit 50 Euro. "Dabei verfügen letztere über einen deutlich größeren Wohnraum – mit entsprechend mehr zu beheizender Wohnfläche", erklärte der Sachverständigenrat.

https://report24.news/ampel-beschliesst-verkehrsreform-und-beschert-buergern-neue-massive-preiserhoehungen/?feed_id=34374 18.10.2023

Ampel beschließt Verkehrsreform und beschert Bürgern neue massive Preiserhöhungen

Die Regierungsfractionen haben sich auf [Reformen im Verkehrsbereich geeinigt](#). Die Grünen sprechen von einer historischen Weichenstellung für eine klimafreundliche Mobilität – ein böses Omen für die Bevölkerung. Für die Bürger bedeutet das nicht nur drohende Einschränkungen beim Autoverkehr in der Stadt, sondern auch, dass sie auf beispiellose Weise zur Kasse gebeten werden. Die Lkw-Maut wird zu massiven Preisexplosionen in allen Bereichen führen. Die Abzocke unter dem Deckmäntelchen Klimaschutz geht in die nächste Runde ...

Nach wochenlangen Verhandlungen gab es nun einen "Durchbruch" – die Regierungsfractionen von SPD, Grünen und FDP haben sich am Montag auf Eckpunkte für eine Verkehrsreform verständigt. Es geht um eine schnellere Planung und Genehmigung bestimmter Schienen- und Autobahnprojekte, die Sanierung maroder Brücken, eine Reform des Straßenverkehrsrechts und um eine Ausweitung der Lkw-Maut. Die Gesetzentwürfe sollen noch in dieser Woche vom Bundestag beschlossen werden, auch der Bundesrat muss den Änderungen zustimmen. Einige Landesverkehrsminister ließen bereits anklingen, dass sie noch Verbesserungsbedarf sehen.

Ein Überblick:

Planungsbeschleunigung: Ein Sanierungstau im Verkehrsbereich soll aufgehoben werden. Schienen- und auch Autobahnprojekte, die Stauschwerpunkte und Engstellen darstellen, sollen schneller umgesetzt werden. Vor allem geht es dabei um eine Erweiterung von Fahrstreifen. Insgesamt 138 Autobahnprojekte sollen beschleunigt realisiert werden.

Schienensanierung: Auch die Schienensanierung soll vorangehen, laut einem Papier der Grünen, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, sollen 312 Schienenprojekte mit einer Gesamtlänge von 4.500 Kilometern beschleunigt umgesetzt werden. Die Finanzierung soll zu einem Großteil über die Einnahmen aus der Reform der Lkw-Maut erfolgen.

Brückenreparatur: Für marode Brücken ist ein "Reparatur-Booster" vorgesehen, die Sanierung von Brücken soll durch eine Reihe von Vereinfachungen und Ausnahmen beschleunigt werden. Ob dieser Booster so wirksam wie die Corona-Auffrischungsimpfung ist, wird die Zukunft zeigen.

Solarenergie an Autobahnen: Außerdem soll künftig jede verfügbare Fläche an Autobahnen für die Solarerzeugung genutzt werden. Zudem heißt es in dem Papier der Grünen, die Liste der zu beschleunigenden Autobahnausbauten sei „abschließend“ und gelte einmalig. Gegen eine Planungsbeschleunigung bei Autobahnen hatten die Grünen lange Vorbehalte.

Straßenverkehrsgesetz: Künftig sollen "Menschen und ihre Gesundheit sowie Klimaschutz" stärker im Mittelpunkt der Verkehrspolitik stehen. In der Reform sollen daher neben Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs, den ursprünglich maßgeblichsten Vorgaben des Straßenverkehrsrechts, auch die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden. Besonders für Radfahrer und Fußgänger sollen die Wege sicherer werden. Für Autofahrer sieht es dagegen schlecht aus, gelten sie doch als Klimaschädlinge.

https://www.focus.de/politik/deutschland/politen-werden-teurer-ampel-plant-eine-versicherungspflicht-fuer-rasenmaeher_id_225387277.html

18.10.2023

Ampel plant Versicherungspflicht für Rasenmäher

Die Ampel-Regierung will eine Kfz-Versicherung für Aufsitzrasenmäher zur Pflicht machen. Wer ohne Haftpflicht fährt, riskiert sonst ein Bußgeld.

Dabei warnen sogar die Versicherungen vor diesem Schritt. Warum die Pflicht dennoch kommen soll und was dann gelten soll.

Bald soll sie kommen, die Versicherungspflicht für den Aufsitzrasenmäher.

Geht es nach der Bundesregierung, sollen auch Gabelstapler oder langsame Traktoren künftig eine Kfz-Haftpflichtversicherung vorweisen müssen. Diese Fahrzeuge tuckern meist nicht schneller als zwanzig Stundenkilometer. Von der Versicherungspflicht sind sie deshalb

ausgenommen. Bei einem Schaden übernimmt bislang die [private Haftpflichtversicherung](#) des Besitzers. Doch damit soll schon bald Schluss sein.

Wer die Pflicht ignoriert, macht sich strafbar

Fahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit zwischen sechs und 20 Stundenkilometer könnten bereits Ende Dezember 2023 unter die neue Versicherungspflicht fallen. Denn die Bundesregierung muss bis dahin eine EU-Richtlinie umsetzen. Die Versicherungspflicht soll einheitlich geregelt sein. Ebenso die Entschädigung von Verkehrsopfern, wenn ein Autoversicherer insolvent geht. Den entsprechenden Gesetzesentwurf hat der Bundestag bereits Ende September ohne Aussprache an den Rechtsausschuss des Parlaments überwiesen, berichtet die [„Süddeutsche Zeitung“](#).

Künftig müssen die Haftpflichtversicherungen über so hohe Summen verfügen, wie sie bereits bei Autos oder Lastwagen gelten. Für Personenschäden sind 7,5 Millionen Euro vorgeschrieben. Für Sachschäden gelten 1,5 Millionen und für Vermögensschäden 50.000 Euro. Die private Haftpflicht reicht dann nicht mehr aus.